WP-4-240 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: LAG Säkulare
Beschlussdatum: 13.01.2026

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 239 bis 242:
Rassismus hat viele Gesichter. Wir Bündnisgrüne bekämpfen ihn in all seinen Erscheinungsformen. ~~Auch antimuslimischer Rassismus ist nach dem 7. Oktober 2023 weiter deutlich angewachsen. Wir sagen ihm entschieden den Kampf an.~~ Seit dem 7. Oktober 2023 wird in der Gesellschaft verstärkt Islam und Islamismus gleichgesetzt. Menschen, die aufgrund ihres Aussehens für Muslim*innen gehalten werden, wird häufig politische Sympathie für die Hamas unterstellt. Sie erleben deshalb Ausgrenzung und Angriffe. Diese und andere islambezogenen Diskriminierungen sind antimuslimischer Rassismus. Wir sagen dem entschieden den Kampf an. Derartige Angriffe können zu Gegenreaktionen und Rückzug in die zugeschriebene Gruppe führen. Wir sehen die daraus entstehende Diskriminierung gegen andere und setzen uns besonders für Alevit*innen, Drus*innen, Jesid*innen und andere religiöse Minderheiten ein, die einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt sind: Sie erleben in ihrem Umfeld verstärkt Ausgrenzung durch Muslim*innen, während sie zugleich von außen als muslimisch gelesen werden und entsprechende Angriffe erfahren.

Begründung

Allgemein verständliche Erläuterung dessen, was konkret passiert. Dagegen wird antimuslimischer Rassismus häufig als Muslimfeindlichkeit missverstanden. Das genau ist aber nicht gemeint. Tatsächlich handelt es sich um einen Hautfarbenrassismus, denn die negative Zuschreibung erfolgt eben nicht aufgrund von erkennbarer Zugehörigkeit zu einer Religion und die Religion selbst ist auch nicht gemeint.

Viele Alevit*innen, Drus*innen, Jesid*innen etc. erleben zuallererst Diskriminierung in ihrem direkten Umfeld (Schule, Nachbarschaft, teilweise auch Arbeit) durch Mehrheitsmuslim*innen (Mehrheit kann ja nach Umfeld unterschiedlich sein) – zumindest dann, wenn das ihr direktes Umfeld ist und das ist bei vielen der Fall. Diese Lebensrealität muss wahrgenommen werden, sonst erscheint es als machten wir nur Politik für Bessergestellte/Akademiker*innen, die ein anderes direktes Umfeld haben